

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Antrag auf Aktuelle Stunde der SPD-Fraktion - „Farming for Future“ - Die Zukunft der Brandenburger Agrar- und Ernährungswirtschaft fest im Blick - Drucksache 7/9083 vom 17.01.2024

Brandenburger Mittelstand schnell entlasten und Planungssicherheit herstellen - langfristigen Systemwechsel in der Agrarförderung initiieren

Der Landtag stellt fest:

Der Traktor wurde in den letzten Wochen zum Symbol für den Protest gegen eine Bundesregierung, die die Bodenhaftung weitgehend verloren hat. Dabei haben die Proteste der Bauern nicht nur mit den Plänen der Bundesregierung zum Agrardiesel zu tun, sondern stehen in einem wesentlich größeren Zusammenhang. Neben der Landwirtschaft stehen insbesondere auch das Handwerk, die Gastronomie sowie das Transportgewerbe aufgrund der wirtschafts- und bürgerfeindlichen Politik der Ampelregierung vor schwerwiegenden Herausforderungen. Die genannten Branchen leiden unter erheblichen Wettbewerbsnachteilen, herbeigeführt durch die linksgrüne Ideologie. Aufgrund dieser Fehlentwicklungen darf die Revolte der Landwirtschaft bzw. des Mittelstandes nicht ohne Konsequenzen verpuffen, sondern muss zum Ausgangspunkt für eine grundlegende Wende im Sinne einer umfassenden Wiederbelebung insbesondere des ländlichen Raumes sein.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene für die Rücknahme der Pläne zur schrittweisen Streichung der Erstattung der Mineralölsteuer für Agrardiesel einzusetzen,
2. die Landwirte bezüglich der Kosten, die im Zusammenhang mit der Diskussion um den Agrardiesel entstanden sind, zu entschädigen,
3. mit dem Ziel, möglichst viele landwirtschaftliche Betriebe am Markt zu halten, alle linksgrün motivierten Pläne und Maßnahmen, die die Produktivität, Effizienz und damit den Ertrag unserer regionalen Wertschöpfungsketten einschränken (großflächige, unverhältnismäßige Vernässung von Moorstandorten im Rahmen des Moorschutzprogrammes, Pflanzenschutzmittelreduktionsstrategie etc.), aufzugeben,

4. sich für die Abschaffung der CO₂-Steuer einzusetzen,
5. das dogmatische Ziel einer sogenannten "Klimaneutralität" aufzugeben und stattdessen bezüglich möglicher Klimaänderungen für die Landwirtschaft vorausschauende und ressortübergreifende Anpassungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen,
6. sich im Rahmen der für März 2024 geplanten Frühjahrs-Agrarministerkonferenz auf Bundesebene für die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zur Realisierung eines langfristigen Systemwechsels in der Agrarförderung bzw. zur Renationalisierung der Agrarpolitik einzusetzen.

Begründung:

Eine sofortige Entlastung der Landwirte bzw. vieler verbundener Berufsgruppen ist für die Gewährleistung unserer Wettbewerbsfähigkeit unabdingbar. Insbesondere das Ziel, möglichst viele landwirtschaftliche Betriebe am Markt zu halten, ist dabei nicht nur wichtig für unsere Ernährungssicherheit bzw. für unsere Versorgung mit regionalen Lebensmitteln. Darüber hinaus halten wir die Bauern für den entscheidenden Berufsstand, mit dem die dringend erforderliche Wiederbelebung des ländlichen Raumes in Brandenburg steht und fällt. Nicht weniger, sondern mehr Bauern braucht das Land.

Auch wenn das freie Unternehmertum für die AfD einen hohen Stellenwert hat, ist eine stabilisierende Agrarförderung angesichts der Realität internationaler Agrarmärkte unerlässlich, solange für Importe nicht die gleichen hohen Standards (einheitliche Wettbewerbsbedingungen) gelten wie für die im eigenen Land produzierten Waren. Die Agrarförderung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) hat sich diesbezüglich jedoch als kontraproduktiv erwiesen. Als echte Alternative für Deutschland befürworten wir daher die Renationalisierung einer am eigenen Bedarf orientierten Agrarpolitik. Auf diese Weise wird es tatsächlich möglich sein, überflüssige Bürokratie abzubauen, gezielter zu fördern und damit insgesamt die heimische Landwirtschaft entscheidend zu entlasten bzw. zu stärken.